



SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

**Rede**

**von Herrn Fraktionsvorsitzenden  
Andreas Stoch MdL**

**beim Bietigheimer Tag**

**am 24. März 2019**

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtags-  
Fraktion

Baden-  
Württemberg



**SPD**

„Demokratie leben - jetzt erst recht!“

Das klingt zunächst einmal wie ein wohlfeiles Plädoyer für etwas, das nicht nur in diesem Land eine Selbstverständlichkeit ist. Vor rund 2500 Jahren traten die ersten Demokratien in die Welt, und heute sind Demokratien weiter verbreitet als je zuvor in dieser langen Zeit. Rund 125 Länder auf der Erde gelten als Demokratien, das sind bald zwei Drittel aller von den Vereinten Nationen anerkannten Staaten. Und auch wenn es Staaten gibt, in denen die Demokratie in den vergangenen Jahren auf dem Rückzug ist, scheint der allgemeine Trend klar: Seit 1989 hat sich der Anteil der Demokratien auf der Welt fast verdoppelt. Demokratie als Erfolgsgeschichte? Auch das scheint heute selbstverständlich.

Doch die Demokratie ist herausgefordert. Nicht nur, weil es Länder gibt, in denen demokratische Freiheiten eingeschränkt oder untergraben werden. Auch in lupenrein demokratischen Staaten erleben wir, dass die Demokratie scheinbar mit ihrem Latein am Ende ist. An manchen Wahlen beteiligt sich nicht einmal mehr die Hälfte aller Stimmberechtigten, die demokratische Legitimation wird erschüttert, und selbst wenn man die Idee der Demokratie an sich nicht in Frage stellt, so macht sich Zweifel breit, auch Enttäuschung. Demokratie kann erschütternd handlungsunfähig wirken wie in den vergangenen eineinhalb Jahren in Großbritannien. Und Demokratie kann auch den Großteil der Welt entsetzen wie bei den vergangenen Präsidentschaftswahlen in den USA. Und auch hier kommen einige grundsätzlich ins Grübeln: Wie gut ist eine Demokratie, wenn so etwas möglich ist?

Wie legitim ist Demokratie, wenn zwar nicht die Wahlen, aber vielleicht die Wähler manipuliert wurden? Viele Argumente der Brexit-Befürworter in Großbritannien waren nachweislich falsch. Aber auch ungültige Behauptungen führen in der Demokratie zu gültigen Ergebnissen. Und wir müssen gar nicht so sehr auf die USA zeigen oder auf England. Auch in deutschen Parlamenten haben Rechtspopulisten Einzug gehalten, die ganz bewusst Unwahrheiten und Falschbehauptungen verbreiten, wenn es ihren Zielen nützt. Und auch bei uns bringen Lügen und falsche Behauptungen echte Stimmen.

Nun ist die politische Lüge weder neu noch eine Erfindung der Demokratie, und man könnte sich Gelassenheit verordnen. Amtszeiten sind mindestens durch natürliche Alterung der Amtsinhaber begrenzt, sie sind definitiv endlich. Und wer zuletzt von den angeblichen Altparteien enttäuscht war, wird es bei der nächsten Wahl vielleicht auch von den angeblichen Alternativen sein. Man könnte meinen: Das renkt sich doch alles wieder ein.

Ich warne davor, es sich so bequem zu machen. Demokratie ist die Herrschaftsordnung unserer Gesellschaft, und unsere Gesellschaft verändert sich an vielen Punkten schneller, als sie es jemals tat. Dieses Tempo fordert heraus. Jeden einzelnen Menschen, unsere Wirtschaft, die Bildung, die Gesellschaft. Und es wäre dumm zu meinen, dass es nicht auch die Demokratie herausfordert.

Jeder von uns, der eine öffentliche Funktion innehat, erlebt diesen Wandel jeden Tag. Erlebt das Internet und die sozialen Medien als eine ungeheure Wutmaschine, in der gesellschaftliche Konventionen oft einfach weggeklickt werden. Rohlinge und Radaubruder gab es schon immer, aber in der digitalen Welt werfen auch Menschen mit Schmutz, die sich Auge in Auge mit anderen Menschen niemals so im Ton vergreifen würden. Im Netz werden die Sitten roher, die Beleidigungen übler. Gerade im politischen Kontext kann es einen grausen, wenn man manche Kommentarspalten durchliest. Das ist kein Dialog, auch

keine hart geführte Auseinandersetzung. Das ist digitales Gebrüll, das sind Saalschlächten, bei denen es nur darum geht, den Gegner zum Schweigen zu bringen.

All das macht etwas mit uns, das ist uns klar. Doch allein die neue Medienwelt macht noch viel mehr mit uns. In meinem Alter ist man mit einer überschaubaren Zahl an Fernsehsendern aufgewachsen, die versuchten, mit verschiedenen Sendungen möglichst viele Zuschauerkreise anzusprechen. Man konnte dort also vielleicht die eigene Lieblingsserie sehen, aber immer nur eine Folge pro Woche, denn andere Zuschauer wollten auf dem gleichen Sender ja auch ihre Lieblingssendungen sehen. Heute sorgt ein ordentlicher Receiver für rund 100 Kanäle mit hoch spezialisierten Spartenprogrammen. Und wir wissen, auch das reicht nicht mehr. Denn im Internet gibt es Millionen von Kanälen. Seine Lieblingsserie schaut man im Streaming-Dienst am Stück, nächtelang, und ob andere Zuschauer etwas Anderes sehen wollen, betrifft einen nicht im Mindesten. Man klickt sich die Welt, wie sie einem gefällt.

Und am Ende wirkt sich das auch eben auf die Demokratie aus, genauer gesagt auf die Erwartungen an die Demokratie. Das Internet will es allen Recht machen, aber eben nie gemeinsam, sondern immer individuell. Jeder bekommt genau das geliefert, was er haben will, und es muss sich im Netz auch nicht zu irgendeiner Gesamtheit verbinden. Wer davon überzeugt ist, dass die Erde eine Scheibe ist, der wird Unmengen Material finden, das ihn bestätigt. Und wir haben alle schon von dem Verhängnis der Filterblasen gehört: Der Freund der Scheibenerde bekommt immer noch mehr Nachrichten angeboten, die ihn bestätigen. Und die Algorithmen passen fein säuberlich auf, dass dem Freund der Scheibenerde ja kein Material auf den Schirm gerät, das seiner Überzeugung schadet.

Wer sich die Welt also immer genau so klickt, wie sie ihm gefällt, der kann von der Demokratie enttäuscht werden. Warum sollte er Kompromisse eingehen, wenn ihm andere Wünsche doch sonst auch vollkommen egal sein können? Im Netz spielt es keine Rolle, ob die überwältigende Mehrheit der Deutschen nicht daran glaubt, auf einer Scheibe zu leben. Der Freund der flachen Welt bekommt trotzdem genau das, was er haben will. Und nun, in der Demokratie, soll er plötzlich den Willen einer Mehrheit zur Kenntnis nehmen? Sollen ihn Dinge betreffen, die er doch gar nicht geklickt hatte? Was man im Netz bestellt und einem dann doch nicht gefällt, das schickt man zurück, man probiert halt mal. Ich habe die Befürchtung, dass viele Bürger Großbritanniens erst jetzt begriffen haben, dass sie den Brexit, den sie sich mal eben bestellt haben, nicht einfach wieder zurückgeben können. Und ich habe auch die Sorge, dass viel von der zornigen Ohnmacht, die auf gewissen Kundgebungen hinausgebrüllt wird, gar keiner tatsächlichen Ohnmacht entspricht, sondern dem versagten Wunsch nach Allmacht. Viele von denen, die heute „Wir sind das Volk!“ schreien, meinen in Wahrheit: ICH bin das Volk. Tut endlich, was ICH bestimme!

Das klingt jetzt fast schon lächerlich kindisch, wie ein kleiner Bub, der sich eine Spielzeugkrone aufsetzt und zuhause krakeelt, er sei der König und alle müssten ihm gehorchen. Wenn wir aber beobachten, dass erwachsene Menschen ihre eigenen Königreiche ausrufen, ihren bundesdeutschen Pass abgeben und ihre eigenen Gesetze erlassen wollen, gibt uns das schon zu denken. Denn letzten Endes sind diese Phantasiereiche nichts anderes als der Versuch, Filterblasen über die Realität zu stülpen.

Solche Blasen platzen regelmäßig, doch jeden Tag werden irgendwo neue geblasen. Und wir erkennen, wie ganze Parteien und ihre Umfelder beginnen, es sich lieber im Netz

als in der Wirklichkeit bequem zu machen. Für eine Partei mit einer nur überschaubaren Zahl von Mitgliedern ist die AfD im Netz ungemein aktiv, und wenn man die Nutzer- und Besucherzahlen ansieht, könnte man erschrecken. Wir wissen heute, dass hier oft mehr Schein als Sein ist, sich die Partei Likes und Follower kauft beziehungsweise wenige Aktivisten hart daran arbeiten, wie eine viel größere Zahl von Anhängern zu erscheinen. Da kommentiert man 30 Mal unter 30 verschiedenen Namen, der Effekt ähnelt einem einsamen Demonstranten, der im Spiegelkabinett steht und sagt: „Wow, sind wir viele!“.

Das Internet vereint uns zwangsläufig als Nutzer, aber nicht zwangsläufig als Gesellschaft. Das ist eine Herausforderung, die auch die Demokratie betrifft. Denn unter einen Hut zu bringen sind viele Bürger zunehmend nur noch über den kleinsten gemeinsamen Nenner der Ablehnung. Ob französische Gelbwesten oder deutsche Rechtspopulisten. Wirklich einig ist man sich dort meist nur in der Ablehnung, im Dagegensein. Aktiv FÜR etwas einzutreten, würde die individuelle Kompromissfähigkeit bei Weitem überfordern.

Demokratische Kompromissfähigkeit bedarf der Möglichkeit, sich selbst als Teil einer Gesellschaft zu begreifen. Damit meine ich noch nicht einmal das Einordnen in eine Gesellschaft, sondern überhaupt das Verorten. Anders gesagt: Selbst wenn jeder in der Gesellschaft einen anderen Weg und ein anderes auf die Karte zeichnet, sollten alle erst einmal die gleiche Landkarte haben und sie auch akzeptieren.

Auch hier fordert uns der digitale Wandel heraus. Ich habe vorhin von den immer individuelleren Unterhaltungsangeboten gesprochen, von Filterblasen und der Tatsache, dass man heute für so gut wie jede noch so bizarre These eine Bestätigung im Internet finden kann. Die Nazis lauern unter dem Südpol oder auf der abgewandten Seite des Mondes, Angela Merkel ist in Wahrheit ein unsterblicher Echsenmensch...

Das ist zunächst einmal lustig und bunt und spricht für die enorme Vielfalt der digitalen Welt. Das Internet kann eine Zeitung sein oder ein Märchenbuch, eine Nachrichtensendung oder ein Fantasy-Film. Das Problem ist, dass viele Nutzer nicht mehr genau umreißen, ob sie gerade in der Zeitung oder im Märchenbuch lesen. Bei den gedruckten Medien kann man das leichter auseinanderhalten.

Tatsächlich führt diese Explosion der verfügbaren Medien zu einer Medien-Inflation, und das bedeutet eben auch eine Entwertung der Medien. Was einem nicht in den Kram passt wird einfach für unwahr erklärt, und für die eigene These kann man Wahrheiten auch schon mal kreieren. Und das ist nicht nur ein Problem für den Journalismus, sondern auch für unsere Gesellschaft und unsere Demokratie im Ganzen: Wenn selbst einfachste Tatsachen nicht mehr allgemein akzeptiert werden, dann haben wir keine gemeinsame Landkarte mehr. Und ohne diese Karte können wir unsere Kurse nicht mehr bestimmen. Wir können sie auch nicht miteinander vergleichen. Und ohne eine gemeinsame Grundlage können wir auch nicht miteinander streiten, erst Recht nicht so, dass ein Ergebnis erzielt wird. Auch beim Ringkampf müssen sich beide Gegner auf einer Matte treffen. Ohne diese gemeinsame Grundlage kann es keinen Ringkampf geben. Das Ergebnis: Jeder setzt sich auf seine eigene Matte, bleibt zu Hause und twittert dann, er habe klar gewonnen. Lügen haben kurze Beine, aber man klickt nicht mit den Füßen.

Eine weitere Herausforderung der Digitalisierung für die Demokratie ist schieres Tempo. Virale Phänomene verblüffen uns immer wieder, Millionenfache Verbreitung innerhalb weniger Stunden ist nicht nur möglich, sondern durchaus üblich. Demokratie ist vergleichsweise ein äußerst gemächliches Verfahren, Wahlen sind in der Regel über Jahre

absehbar, werden über Monate vorbereitet. Aber der Souverän ist das Wahlvolk, und das ist mit digitaler Geschwindigkeit unterwegs. Wenn eine virale Kampagne 24 Stunden vor einem Wahlsonntag einschlägt, kann man sie auf konventionellem Wege nicht mehr einfangen. Da hilft keine eilige Pressekonferenz, Plakate bekommt man so schnell auch nicht mehr gedruckt. Und selbst wenn es eine dreiste Falschbehauptung wäre, hilft innerhalb weniger Stunden auch keine einstweilige Verfügung mehr. Der komplette politische Betrieb und die klassischen Institutionen können heute in Windeseile rechts überholt werden. Das Phänomen, dass Stimmungen eine Wahl entscheiden ist nicht neu und ist zunächst auch keine Bedrohung für die Demokratie. Bedrohlich ist es aber, wenn solche Stimmungen heute nicht nur in Windeseile entstehen, sondern eben auch in Windeseile erzeugt werden können – womöglich sogar von ausländischen Regierungen, die so Einfluss nehmen wollen.

Und problematisch ist dieses Tempo auch, wenn es um die Bewertung der Leistungsfähigkeit einer Demokratie geht. Kriminalpolizisten haben bekanntlich ein gespaltenes Verhältnis zu Fernsehkrimis wie dem „Tatort“. Ja, sie sind immer die Helden, aber der Fall wird im Tatort eben fast immer innerhalb von 90 Minuten aufgeklärt, und so ist es kein Wunder, wenn Bürger echte Polizeiarbeit als unnatürlich langsam und verzögert begreifen. Im Fernsehen geht es doch auch immer schneller. Die Netzwelt hat ähnliche Auswirkungen: Ich kann nachts um drei Uhr online eine Bestellung aufgeben, der freundliche Chatbot wird mir in Sekundenschnelle antworten und die Bestellung bestätigen. Wer ähnliches Tempo von seinem Bürgermeister oder seinem Abgeordneten erwartet, kann nur enttäuscht werden. Und nicht wenige Bürger sind enttäuscht. Manchmal sind sie das zu recht, weil Vorgänge sich quälend lange hinziehen. Manchmal vergessen wir aber auch alle, dass hinter mancher Verzögerung demokratische Prozesse stecken, die wir zu unser aller Wohl definiert haben. Achte Sie einmal darauf, mit welcher Begeisterung deutsche Politiker und Unternehmer davon erzählen, wie schnell Projekte in China umgesetzt werden. Dass China eine Diktatur ist, dass seine Bürger nicht einen Bruchteil der Rechte eines europäischen Bürgers haben, fällt dabei meistens unter den Tisch. Vielleicht auch, weil man sich als Europäer nicht wirklich um diese Freiheiten schert. Sie sind doch selbstverständlich, oder nicht?

Meine Damen und Herren, die Demokratie ist rund 2500 Jahre alt und nur die kürzeste Zeit in dieser Geschichte ist sie bislang auf die digitale Moderne getroffen. Fast alle der Probleme, die ich bisher angesprochen habe, hatte die Demokratie in vordigitalen Zeiten längst gelöst. Auf Flugblättern musste stehen, wer sie verteilt hat, wir konnten Märchenbücher von Tageszeitungen unterscheiden und wer im Brockhaus die Form der Erde nachschlug erfuhr, dass sie rund ist. Damals war das auch das Ende der Debatte, denn der Brockhaus hatte Recht, das bezweifelte niemand. Und wer meinte, er sei der Bestimmer der Welt und alle müssten nach seiner Pfeife tanzen, erfuhr schon im Kindergarten, dass dem nicht so ist. Wir taten uns leichter, Dichtung und Wahrheit zu trennen, und wenn radikale Kräfte aufmarschierten, konnten wir sie zählen, und es hätte nichts geholfen, wenn jeder von Ihnen geschrien hätte, er sei in Wahrheit nicht einer, sondern fünf.

Wie gesagt, viele der Phänomene, die heute unsere Demokratie herausfordern, sind im Kern keineswegs neu. Neu ist nur die digitale Welt, und die verbreitet eben auch Lügen viel schneller als früher. Sie schafft nicht nur Chancengleichheit beim Publizieren, sondern lässt kompletten Blödsinn auf den ersten Blick genauso aussehen wie seriöse Nachrichten, macht es zunehmend schwer, Fälschungen zu erkennen. Schlimmer noch: Jede

Tageszeitung ist für den Inhalt von Leserbriefen mit verantwortlich und wird bei aller Meinungsfreiheit nicht zulassen, dass man behauptet, der Bürgermeister fresse kleine Kinder zum Frühstück. Die Betreiber großer Social-Media-Plattformen verweigern diese Verantwortung, und selbst wenn sie sie angeblich übernehmen wollen, versagen sie oft. Das Beispiel des furchtbaren Anschlags in Neuseeland mag genügen: Facebook löschte angeblich 1,5 Millionen Videos des Attentäters, es blieben aber noch hunderttausende Videos übrig. Bei einem Konzern, der immer dann, wenn es um seinen Profit geht, extrem raffiniert ist, macht einen diese Hilflosigkeit mindestens stutzig. Und man erkennt, dass viele der Anbieter im Netz in einer Zeit vor unseren gesellschaftlichen Regeln zu leben scheinen.

Wenn wir Demokratie leben und sie stärken wollen, müssen wir Antworten auf diese Fragen finden, und ich meine, dass wir das bewusster und engagierter tun müssen als wir es bislang getan haben. Wir müssen fördern, dass wir im Internet ebenso miteinander umgehen wie von Angesicht zu Angesicht, wir müssen fördern, dass wir auch im Internet Wahrheit und Lüge besser auseinanderhalten können. Und wir brauchen Zertifikate, Fälschungssicherheit, überprüfbaren Schutz vor Manipulation, wenn unsere Demokratie digitaler werden soll.

Und um es an dieser Stelle klar zu sagen: Ich freue mich sehr darauf, dass unsere Demokratie digitaler wird. Denn Digitalisierung bedeutet auch ganz neue Möglichkeiten für unsere Gesellschaft und die Demokratie.

Ich habe vorhin viele negative Beispiele genannt, Beispiele für Herausforderungen, die wir meistern und Probleme, die wir lösen müssen. Ich kann Ihnen aber genauso gut positive Beispiele nennen: Der Erfolg des Volksbegehrens für Artenschutz in Bayern hatte auch mit digitaler Unterstützung zu tun. In einer noch nie dagewesenen Form wurde auch über soziale Netzwerke mobilisiert, sich zu beteiligen. Hier schafft die Digitalisierung eine wirklich begrüßenswerte Chancengleichheit, denn um im gleichen Maße über konventionelle Medien auf das Volksbegehren aufmerksam zu machen, waren zuvor millionenschwere Werbeetats benötigt. Wenn jedoch Instagram-Bilder vom Anstehen vor dem Rathaus verschickt werden, kann jeder mitmachen und es kostet die Initianten nichts.

Ganz ähnlich erklären sich die „Fridays for Future“. Eine inzwischen weltweite Kette von Schülerdemonstrationen wäre ohne Internet und soziale Medien undenkbar. Und sollte auch diese Initiative in ein Volksbegehren münden, könnte der Erfolg ähnlich groß werden wie beim Artenschutz in Bayern.

Demokratie wurde als direkte Demokratie geboren. Notwendig wurden Parteien und die repräsentative Demokratie, weil die direkte Abstimmung in größeren Staatsgebilden praktisch kaum durchführbar war. Eine Landgemeinde, bei der alle sich auf dem Dorfplatz zum Abstimmen treffen, das sei in einem winzigen Schweizer Kanton möglich, haben sie uns in der Schule gesagt. Aber doch nicht in Deutschland.

Heute macht das Internet die ganze Welt zu einem Dorf, und es ist klar, dass mehr direkte Demokratie im Bund wie in den Ländern zu einer ganz realistischen Möglichkeit wird. Nämlich in digitaler Form, ohne teure Wahlsonntage, ohne Urnen in Turnhallen, einfach so von zuhause oder gar von unterwegs. Wie vorhin angedeutet, wäre bis dahin eine fälschungssichere Abstimmung zu gewährleisten, geschützt gegen Manipulationen des Gesamtergebnisses wie auch der eigenen Stimmabgabe. Wenn die Parteien, die



sich heute im Netz Likes kaufen, genauso leicht Stimmen kaufen könnten, wäre das verheerend. Wenn man nicht wüsste, ob jetzt die Deutschen gewählt haben oder ein IT-Kommando aus Russland, wäre es genauso untragbar.

Eine grundsätzliche Herausforderung für die Demokratie sind digitale Abstimmungen aber nicht. Wohl aber eine Herausforderung für den heutigen Politikbetrieb und die Parteien.

Ich habe vorhin über den digitalen Anteil am Erfolg des Artenschutz-Volksbegehrens in Bayern gesprochen. Mit der gleichen Überzeugung kann ich auch vom direktdemokratischen Anteil an diesem Erfolg sprechen. Wer in Bayern die Bienen retten wollte, musste keine Partei wählen und auch keine Parteiprogramme, sondern sich allein für diese Initiative aussprechen. Das konnte der CSU-Wähler ebenso wie Sozialdemokraten, Freie Wähler wie Liberale und Grüne natürlich sowieso. Der Effekt war absehbar: Eben weil es um eine reine Sachfrage ging, vereinte die Idee Menschen, die sonst ganz unterschiedliche Parteien wählen und sich bei anderen politischen Fragen womöglich auch alles andere als einig sind. Doch beim Artenschutz gab es eben einen Konsens, quer über die üblichen politischen Frontverläufe. Zitat aus einem bayerischen Rathaus gleich hinter der Grenze meines Wahlkreises: „I wähl ja sonst AfD!“ „Na schau, dann hasch wenigstens heit richtig abgestimmt“.

In der Tat kann mehr direkte Demokratie bedeuten, dass die Macht der Parteien und der Parlamentarier ergänzt wird, wenn die Bürgerinnen und Bürger nicht nur alle paar Jahre abstimmen, sondern häufiger – und wenn es eben nicht um Parteien und ganze Bündel von Zielen, sondern um ganz konkrete Fragen geht. Natürlich macht diese Vorstellung manchem Politiker Angst, weil er sich seiner Machtbasis auch während der Legislatur nicht mehr so sicher sein kann. Ich erzähle Ihnen kein Geheimnis, wenn ich feststelle, dass die SPD sich laut Umfragen momentan nicht auf Erdrutschsiege einstellen muss, auch wenn wir das ändern wollen. Klar ist aber auch, dass der Versuch der Landesregierung, ein Volksbegehren zur Gebührenfreiheit in Kitas gar nicht erst zuzulassen, genau auf die eben gerade genannte Angst zurückgeht. Angst davor, dass bei einem solchen Volksbegehren eben auch Wähler von CDU und Grünen abstimmen könnten, auch Liberale, überhaupt Wähler jeder Couleur. Denn je konkreter ein Anliegen ist, desto weniger geht es um Ideologie. Das bringt ein ganz neues Potential in die Politik, und dagegen wehren sich manche Politiker mit Händen und Füßen.

Warum das so ist, kann ich persönlich nicht ganz verstehen: Unser Nachbarland Schweiz hat ein parlamentarisches System, hat nicht weniger Parteien als wir und hat dazu ein starkes Element direkter Demokratie, das Tradition hat. Ein Blick in die Schweiz zeigt, dass es auch mit mehr direkter Demokratie noch Berufspolitiker gibt, Abgeordnete und Parteien.

Ein Blick in die Schweiz zeigt aber erneut, an was wir hier bei uns arbeiten müssten, bevor wir der technisch machbaren direkten Demokratie zu einem Aufschwung verhelfen. Von der Sicherheit vor Manipulationen sprach ich bereits, ein Vorbild ist die Schweiz für mich aber auch bei der Information der Wahlberechtigten. Beeindruckend ist es, wie in Schweizer Medien vor wichtigen Abstimmungen Befürworter und Gegner in aller Ausführlichkeit zu Wort kommen, und legendär sind die staatlich verteilten Abstimmungsbüchlein, in denen die Argumente klar verständlich gegenübergestellt werden. Die Darstellungen

aus dem Abstimmungsbüchlein als Fake News zu bezeichnen wäre in der Schweiz unerhört. Man hat also genau jene gemeinsame Landkarte, von der ich vorhin sprach: Eine von beiden Seiten unbestrittene Grundlage mit unbestrittenen Fakten. Die zwingt einen beileibe nicht dazu, eine bestimmte Meinung zu haben. Sie verhindert aber, dass sich ein Schweizer aufgrund von Falschinformationen entscheidet. Und sie stellt sicher, dass man sich über das Gesamtbild informiert. Vor einigen Jahren stimmten die Schweizer dagegen ab, im Jahr mehr freie Tage zu haben. Im Abstimmungsbüchlein standen eben auch die volkswirtschaftlichen Konsequenzen, und die Schweizer entschieden sich gegen das populäre und so einfach klingende „Mehr Freizeit“. Das erscheint nicht nur weit fundierter als die Informationslage zur Brexit-Abstimmung in Großbritannien. Das ist es auch.

Damit kommen wir bereits zum zweiten Zwischenfazit: In der digitalen Zeit ist auch in einem großen Land ein Maß an direkter Demokratie möglich, welches noch vor zwei Jahrzehnten an praktischen Hürden gescheitert wäre. Und dank dem Internet und soziale Medien braucht es heute nicht unbedingt riesige Etats und organisierte Gruppen wie Parteien oder Verbände, um Hunderttausende Menschen zu mobilisieren. Das ist eine hervorragende Chance für die Demokratie, und es ist auch eine Chance, die demokratische Teilhabe auch für jüngere Leute attraktiv zu halten. Die Voraussetzung auch hier: Wir müssen sicherstellen, dass diese Form direkter Demokratie auf der Basis verlässlicher und möglichst umfassender Informationen stattfindet. Und dem Wähler in der direkten Demokratie muss klar sein, dass er bei Abstimmungen zur Sache keine „Denkzettel“ verteilen kann. In Großbritannien verwechselte man das Referendum über den Verbleib mit der EU mit einer Meinungsumfrage: Viele dachten nicht im Traum daran, die EU zu verlassen, wollten Brüssel aber einen Denkzettel verpassen und einem Ja zur EU etwas Wasser in den Wein schütten. Das Ergebnis war dann zur allgemeinen Überraschung mehr Wasser als Wein, und das ist fatal, vor allem, weil es ganz offensichtlich nicht die tatsächliche Meinung der Bevölkerung abbildet. Wenn wir direkt abstimmen, fahren wir ohne die Stützrädchen des Parlamentarismus. Wenn wir nicht auf die Nase fallen wollen, müssen wir lernen, mit dieser Freiheit verantwortlich umzugehen.

Eine weitere Herausforderung für die Demokratie liegt meiner Meinung nach in der Globalisierung. Und auch hier kann ich noch einmal den Brexit anführen: Wer meint, Großbritanniens Abhängigkeit von der EU damit neutralisieren zu können, dass man im Vorgarten Kartoffeln pflanzt, hat die moderne Wirtschaft nicht begriffen. Er hat sie genauso wenig begriffen wie jene, die meinen, man könne eine Volkswirtschaft wie die der USA einfach nach außen abschotten und werde dann mit sich selbst glücklich.

Globalisierung heißt nicht nur Welthandel, Globalisierung bringt auch Weltkonzerne mit sich, Handelsketten quer über die Erdkugel, ökonomische Verflechtungen, wirtschaftliche Abhängigkeiten. Dass diese wirtschaftlichen Verflechtungen massive Auswirkungen auf die Politik haben können, wird bei vielen Fragen offen diskutiert. Was bedeutet es, wenn Deutschland noch mehr Erdgas aus Russland bezieht? Wenn ein chinesischer Konzern unser 5-G-Netz betreiben würde? Wenn sich saudische Staatsfonds in deutsche Konzerne einkaufen?

Die Politik eines Nationalstaats hat es heute mit einer Wirtschaft zu tun, der sie nicht einmal mehr ansatzweise so auf Augenhöhe begegnen kann wie noch vor einer Generation. Dabei rede ich nicht davon, dass eine deutsche Regierung heute keine eigene Geldpolitik mehr umsetzen kann, ich rede auch von dem immer größeren Delta zwischen den welt-



weiten Spielräumen der Wirtschaft und den nationalen Grenzen, an denen die Möglichkeiten einer nationalen Regierung enden. Die Schattenseiten dieser Entwicklung sind bekannt: Firmen, die in keinem Land angemessene Steuern zahlen, Konzerne, die es sich in Grauzonen gemütlich machen.

Doch die Globalisierung ist eben auch ein Phänomen, das die Demokratie betrifft. Denn den Anspruch, über die Lage im eigenen Land bestimmen zu können, können viele Regierungen immer weniger einlösen. Notwendigkeiten und Handlungsbedarf entstehen für eine Regierung oft ebenso international wie eine klare Begrenzung der nationalen Möglichkeiten.

Doch obwohl Zwei Drittel der Staaten dieser Erde heute Demokratien sind: Wenn es um globale Verflechtungen und Beziehungen geht, deckt die demokratische Legitimation oft nur einen Bruchteil der tatsächlichen Handlungsfelder ab. Mühsame Staatsverträge oder bilaterale Abkommen werden dann aufs Gleis gesetzt, doch ein Konzern, der seine Geschäfte sozusagen frei schwebend in zwei Dutzend Staaten abwickelt und wieder und wieder zwischen den jeweils für ihn günstigsten Standorten wechselt, hat sich sozusagen jedem klassischen Machtverhältnis zwischen Staat und Wirtschaft entzogen. Und wo der Staat keine Macht ausübt, kann in Demokratien auch das Volk keine Macht ausüben. Ein Verlust an demokratischer Legitimation kann die Folge sein – der fatale Eindruck, dass nicht ALLE Macht vom Volk ausgeht, sondern nur die Macht, die nicht gerade in die Globalisierung verdampft ist.

Will die Demokratie auf dieses Manko reagieren, so muss sie sich weiterentwickeln, und sie darf dabei nicht auf halbem Weg stehen bleiben. Ein zentrales Beispiel ist hier das Europäische Parlament, dessen Machtstellung noch lange nicht der nationaler Parlamente entspricht, obwohl das Leben der Menschen in allen Mitgliedsstaaten eben zunehmend nicht mehr nur von den eigenen nationalen Regierungen, sondern von den Beschlüssen der Gemeinschaft geprägt wird. Hier muss der Primat der Demokratie weiter ausgebaut werden, wenn das EU-Parlament als wichtigste demokratische Einrichtung Europas ein Beispiel geben will.

Und mittelfristig ergeben sich noch ganz andere und weit größere Aufgaben: Wenn die Weltwirtschaft kein reiner Spielplatz der Unternehmen sein soll, bedarf eine Global Economy eben auch einer Global Governance, und das nicht nur in dem Maße, in dem sich die Vereinten Nationen um ihre angestammten Aufgabengebiete kümmern. Und auch hier gilt: Geht von dieser Global Governance eine echte Macht aus, so muss diese Macht demokratisch legitimiert sein. Dass Herrscher nach gusto Abgeordnete ins Parlament entsenden, wurde in Württemberg vor 100 Jahren abgeschafft. Internationale Versammlungen werden auch nicht ewig aus Gesandten bestehen können, wenn sie tatsächliche Macht erhalten sollen. Und Macht sollten sie erhalten, damit Staat und Volk mit der Wirtschaft auf Augenhöhe bleiben können, zum beiderseitigen Nutzen.

Eine weitere wichtige Schnittstelle zwischen Demokratie und Globalisierung sollten wir nicht vergessen: Nicht nur Firmen sind weltweit unterwegs, sondern auch wir Menschen. Wir arbeiten und leben in fremden Ländern, nicht immer als Auswanderer und nicht immer mit dem Ziel, für immer in einem anderen Land zu bleiben. Dennoch gehören all diese Menschen für die Dauer ihres Aufenthaltes zur jeweiligen Bevölkerung, oft über Jahre. Aber meistens nicht zu jenem Teil, der wählen darf.

Demokratie bedeutet im Altgriechischen bekanntlich die Herrschaft des - nein, eben nicht des Volkes, sondern des Demos, des STAATSVOLKES also. Jenes Teils der Bevölkerung, der in der Demokratie mitbestimmen und wählen darf.

Im antiken Athen machte der Demos keine zehn Prozent der Einwohner aus: Wählen durften nur freie und besitzende Athener Bürger männlichen Geschlechts im Alter von über 30 Jahren. Keine Frauen und keine Bettler, keine Sklaven und keine Zugezogenen. Und 29-Jährige eben auch noch nicht.

Wir wissen, dass die Geschichte der Demokratie in den 2500 Jahren seit dem Athener Stadtstaat eine Geschichte der ständigen und stetigen Erweiterung des Demos war: Irgendwann durften auch Vollbürger ohne Besitz wählen, später öffnete sich der Demos auch für Zugezogene, die lange genug in der Stadt gelebt hatten. Der Rest ist spätere Geschichte, teils sogar erst viel spätere. In diesem Frühjahr haben wir 100 Jahre Frauenwahlrecht gefeiert, ganz schön bitter eigentlich, dass das in der Demokratie 2400 Jahre dauerte. Und man muss heute auch nicht mehr bis zum 30. Geburtstag warten, ehe man wählen darf.

Doch wie wir wissen, steht die Debatte um die Erweiterung des Demos nicht still. Und damit meine ich nicht nur die Überlegung, ob man in Deutschland künftig schon ab 16 wählen kann. Ich meine damit den Umstand, dass ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung in unserem Land gar nicht oder zumindest nicht bei allen Wahlen wählen darf. Und dies, obwohl er in diesem Land dauerhaft lebt, Steuern und Abgaben bezahlt und von praktisch allen Entscheidungen unseres Staatswesens genauso betroffen ist wie sein Nachbar, der einen deutschen Pass sein eigen nennt. Die Europäische Union hat hier schon vor vielen Jahren erste Schritte ermöglicht, doch die Grundfrage ist nicht beantwortet und sollte nicht auf ewig aufgeschoben werden: Müssen wir, zweieinhalb Jahrtausende nach dem Stadtstaat Athen, nicht den Begriff des Vollbürgers überdenken, wenn wir auch in Zeiten von Zuwanderung und Arbeitsmigration unser demokratisches Fundament erhalten wollen?

Meine Damen und Herren, die Idee der Demokratie hat sich über 2500 Jahre kaum gewandelt, aber stets weiterentwickelt und angepasst. Von den Zeiten, da man in Athen nur „Ja“ oder „Nein“ auf eine Tonscherbe ritzte, bis zum hochkomplexen Ausfüllen baden-württembergischer Kommunalwahlunterlagen war es ein weiter Weg, und dieser Weg ist noch nicht zu Ende.

Demokratie bleibt herausgefordert. Von Ihren Feinden im In- und Ausland ebenso wie durch die Gleichgültigkeit von Bürgern, die demokratische Mitwirkung für überflüssig halten.

Demokratie wird auf die ganz neuen Risiken der digitalen Welt ganz neue Antworten finden müssen, kann aber als Belohnung auch auf ganz neue Möglichkeiten hoffen. Möglichkeiten, die vielleicht auch in Deutschland die Demokratie verändern werden durch mehr direkte Abstimmungen und eine neue Rolle der Bürger neben den Parlamenten.

Wenn Demokratie mutig gestaltet wird, dann kann sie ihren Siegeszug fortsetzen. Nicht nur in jenem Drittel der Staaten dieser Erde, die heute noch nicht demokratisch sind, sondern auch in jener globalen Sphäre zwischen diesen Staaten, in der sich die Internationalisierung oft noch parallel zur demokratischen Legitimation abspielt. Und schließlich darf

die Demokratie (und zwar zum eigenen Wohl!) nie außer Acht lassen, wie sich die Bevölkerung verändert. Denn in einer modernen Demokratie dürfen sich Wahlvolk und Bevölkerung nur bis zu einem gewissen Grad unterscheiden.

All das sind große, sind schwere Aufgaben, auf die wir nicht von heute auf morgen Lösungen aus dem Ärmel schütteln werden. Wer wüsste das besser als wir baden-württembergischen Sozialdemokraten, die gerade um ein kleines Stück moderner Demokratie ringen müssen.

Demokratie ist ein unendlich hohes Gut, dass es gegen alle seine Feinde zu verteidigen gilt. Doch die Idee der Demokratie zu schützen muss nicht heißen, die demokratischen Abläufe eines Landes einzufrieren oder hinter Panzerglas zu stellen. Wenn Demokratie ihren Grundsätzen treu bleiben, wenn sie auch in einer sich wandelenden Gesellschaft so funktionieren soll, wie wir es alle wollen, dann muss sie sich in ihren Abläufen auch ändern können. Wir kratzen nicht mehr in Tonscherben, aber wir wählen immer noch. Und wir werden auch wählen, wenn wir nicht mehr in einer Wahlkabine Kreuzchen machen, sondern auf einem Smartphone.

Wenn wir Demokratie leben wollen, dann müssen wir die Demokratie auch leben lassen. Jetzt erst Recht.

Vielen Dank!

